

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M. viertel-
jährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 16 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 21. April 1911

Achter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Montag, den 26. Juni 1911

in

Dresden,

im Saale des „Fivoli“.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.)

2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.

3. Beratung der Anträge, betreffend:

a) Allgemeine Agitation.

b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.

c) Streikunterstützung und Streikstatistik.

d) Arbeiterinnen-Sekretariat.

e) Korrespondenzblatt.

f) Sozialpolitische Abteilung.

g) Zentral-Arbeitersekretariat.

h) Vereinbarungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine.

4. Das Koalitionsrecht in Deutschland und der

Rorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch.

5. Heimarbeiterschutz und Hausarbeiterschutz.

6. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

7. Arbeitsnachweis und Arbeitslosen-Unterstützung.

8. Die Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben.

9. Bildungsbestrebungen und Bibliothekswesen in den Gewerkschaften.

10. Beratung der nicht unter den vorstehenden

Punkten erledigten Anträge.

Anträge zur Tagesordnung oder solche, welche

auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte

Bezug haben, sind bis zum 15. Mai 1911 an die

Generalkommission einzuliefern. Sämtliche bis

dahin eingegangenen Anträge werden im „Korres-

pondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den

Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der Kongress wird am 26. Juni 1911, vormit-

tags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich

1. Juli tagen.

Die Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen

regelt sich nach den von dem vierten Gewerkschafts-

kongress (Stuttgart 1902) beschlossenen Bestim-

mungen.

Berlin, den 4. April 1911.

Die Generalkommission der Gewerkschaften

Deutschlands.

C. Legien, Berlin SO., Engelstraße 15.

Unser Verband ist berechtigt, vier Delegierte

zu entsenden. Die Kölnner Generalversammlung

1909 hat beschlossen (Protokoll Seite 311), daß der

Zentralvorstand einen Vertreter wählt, einen Ber-

lin, einen Offenbach und den vierten diejenige Ver-

waltungsstelle, an der der Gewerkschaftskongress

stattfindet, also Dresden.

Die Wahlen sollen bis zum 27. Mai erledigt

sein und sind in einer Generalversammlung vor-

zunehmen. Um als gewählt zu gelten, ist die abso-

lute Majorität erforderlich. Stichwahlen können in

derselben Versammlung vorgenommen werden. Das

Wahlresultat ist uns sofort mitzuteilen.

Der Zentralvorstand.

Inhalt: Achter Kongress der Gewerkschaften Deutsch-
lands. — Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Die heftige
Gewerbeinspektion 1910 I. — Briefe aus Leipzig. II. —
Bällige Arbeitsruhe am 1. Mai. — Sanberichter Nürnberg
1910. — Die Verzte als Unfallgächter. — Eine Konferenz
der Vertreter der Verbandsvorstände. — Streiks und Lohn-
bewegungen. — Aus unserem Verne. — Aus Industrie und
Handel. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisa-
tionen. — Rechtsprechung. — Rundschau. — Bekanntmachung
des Zentralvorstandes. — Briefkasten der Redaktion. —
Sterbeliste. — Adressen-Veränderungen. — Verlammlungs-
kalender. — Anzeigen.

**Für die Woche vom 23. bis 29. April ist
der 17. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.**

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigensten
Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen
Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsver-
waltung zu erkundigen.

Berlin. Die Exportwerkstellen der Ge-
sattlerbranche sind gesperrt.

Hamburg ist für Gesattler gesperrt.

Spandau. Bei der Firma C. Wilke

stehen die Militärsattler wegen Nichtanerken-

nung des Berliner Tarifs im Streik.

Strasburg i. Elz. Die Differenzen bei der

Firma J. Janzen haben nicht zur Arbeitsnieder-

legung geführt.

Von allen obengenannten Orten ist der Zu-

zug streng fernzuhalten.

Die heftige Gewerbeinspektion 1910.

1.

Die Gewerbeinspektionen der deutschen Bundes-

staaten geben alljährlich einen gedruckten Bericht her-

aus, der über die wirtschaftliche Struktur eines

Landes oder Bezirkes, über Wirkungen der Arbeiter-

schutzbestimmungen und -vorrichtungen einwands-

freien Aufschluß geben soll. Ob dieser Zweck erfüllt

wird, ist eine Frage, die nicht einmal im bescheiden

Sinne bejaht werden kann. Abgesehen, daß die Fest-

stellungen bereits im Oktober abgeschlossen werden,

erscheinen die ersten Berichte frühestens Ende März

des nächsten Jahres, also reichlich ein halbes Jahr

später. Ansehen wird höheren Ortes an die Be-

richte der Aufsichtsbeamten soviel herumschickt,

daß das, was eigentlich gesagt werden müßte,

der Öffentlichkeit verschwiegen bleibt. Eine rühm-

liche Ausnahme von dieser Regel machte bisher

neben dem hiesigen noch der heftige Bericht. Aber

auch dieser ist diesmal weit hinter den Erwartungen

zurückgeblieben, und sind wir nicht in der Lage,

ihm das Lob wie seinen Vorgängern zu spenden.

Beim Studium des Berichtes 1910 drängt sich einem

die Ansicht auf, hier muß doch wohl eine höhere

Stelle den Aufsichtsbeamten die Anweisung gegeben

haben, ihre Nase nicht allzu tief in die zu inspi-

zierenden Betriebe zu stecken, wenigstens nicht über

alle vorgefundenen Mängel zu berichten. In ge-
radezu aufdringlicher Weise wird versucht, die meiste
Schuld an Betriebsunfällen nicht den Unternehmern,
sondern den Arbeitern aufzuhalsen, die wohl aus
reiner Lust, recht bald zum Krüppel zu werden, alle
Schutzmaßregeln und Schutzbestimmungen außer acht
lassen. So berichtet der Offenbacher Beamte, daß
in Steinbrüchen und Steinhauerien die gesetzliche
neunstündige Arbeitszeit von jugendlichen und er-
wachsenen Arbeitern überschritten wird. Sie ar-
beiten zumeist in Affordlohn und beginnen und ver-
lassen ihre Arbeit in den Sommermonaten ganz nach
Belieben. Insbesondere fangen sie des Morgens
sehr früh an, oftmals um 4 Uhr, um recht viel zu
verdienen. Arbeitgeber und Bruchmeister sind bei
Beginn und Ende der Arbeit nicht zugegen, die
Leute wissen angeblich die Zeit nicht, da sie oft keine
Uhr zur Arbeitsstelle nehmen; dem kontrollierenden
Beamten wird die Wahrheit nicht zugestanden und
vor Bericht hat letzterer die dem Arbeitgeber treue
Arbeiterchaft gegen sich.

Wir zweifeln durchaus nicht, daß es auch solche
Fälle gibt. Aber sollten da die Unternehmung nicht
doch die treibende Kraft sein, um so viel wie mög-
lich aus den Arbeitern herauszuschinden? Der Ver-
kehr der Aufsichtsbeamten mit den Arbeiterorgani-
sationen bezw. mit deren Vertretern, über den noch
im Vorjahr viel Anerkennungswertes gesagt wurde,
scheint ganz eingestellt zu sein. Wenn unsere Ver-
mutung zutreffen sollte, würden wir dies im Inter-
esse der zu schützenden Arbeiterschaft, wie auch wegen
des Vertrauens, das die Inspektionen bei den Ge-
werkschaften besitzen, bedauern. Ist die Bericht-
erstattung über den Stand der gewerkschaftlichen
Organisationen recht dürftig ausgefallen, so zeigt
er doch von deren ständigem Wachstum. Erfreulich
ist, daß im Wonnegau des Reichs der Lederarbeiter
in größerem Maße ihrer Organi-
sationspflicht nachkommen.

Ein nicht zu unterschätzender Rückschritt ist es,
daß der Bericht über die Durchführung
des Kinderschutzgesetzes eine fast un-
verantwortliche Einschätzung erfahren hat. Anstatt
des Sonderberichtes, dessen Text noch im Vorjahre
40 Druckseiten beanspruchte, ist er diesmal dem all-
gemeinen Jahresbericht im Anfange von 10 Druck-
seiten einverleibt worden. Wir bedauern diese Spar-
samkeit im Interesse eines wirklichen Kinderschutzes
ganz außerordentlich. Ein Nebenstand ist ferner,
woran allerdings die Berichtserstattung unschuldig ist,
daß durch die Gewerbeordnungs-Novelle vom 28. De-
zember 1908 eine große Anzahl Betriebe, die früher
der Gewerbeaufsicht unterstellt waren, aus dem
Nahmen der Beaufsichtigung und der gesetzlichen
Vorschriften herausgefallen sind, und zwar allein in
Darmstadt 100 Betriebe (Gerbereien, Seifenfabri-
ken, Ziegeleien), in Offenbach 31 Lederwaren-
fabriken und 67 Ziegeleien mit weniger als fünf
Arbeitern. Allerdings sind an ihrer Stelle andere
Betriebe mehr handwerksmäßiger Art getreten, in
denen die gesetzliche Anzahl von Arbeitskräften
immer oder in der Hauptarbeitszeit beschäftigt ist,
so daß die Arbeit der Aufsichtsbeamten durchaus
nicht geringer geworden ist. Denn die von den Auf-
sichtsbeamten vorgenommenen Revisionen sind von
9400 im Vorjahre auf 9771 im Berichtsjahre ge-
stiegen, wozu noch 272 Revisionen und Besichtigungen
des Offenbacher und 1236 des Darmstädter Beamt-
ten kommen. 99 Revisionen wurden in der Nacht,
82 an Sonn- und Feiertagen vorgenommen. 5812
Betriebe wurden einmal, 1211 zweimal und 453 drei-

oder mehrmals revidiert. Die Zahl der der Revision unterliegenden Betriebe hat sich seit 1908 um 296, die der zu schließenden Arbeiter um 16 483 vermehrt. Trotzdem hat der Verband im Reichstagsparlament keine Veränderung erfahren, worunter naturgemäß die Qualität der Revisionen, zum Schaden der Arbeiter, leiden mußte. Wir sehen uns daher zu wiederholten Malen genötigt, mit allem Nachdruck eine Verrechnung der Aufsichtsbeamten zu verlangen, allerdings müssen sie von Arbeitern gewählt aus dem Arbeiterstande hervorgehen. Dann würde es nicht vorkommen, daß die Zahl der nicht revidierten Betriebe zunimmt und von den 113 151 Beschäftigten 25 550, also fast ein Viertel nicht ein einziges Mal im Jahre dem Gewerbeinspektor zu Gesicht bekommen haben. Auch auf einem anderen Gebiete wäre weniger Sparjamkeit angebracht. Wir meinen die Entlohnung der fünf im Gewerbeaufsichtsdienst tätigen Gehilfen aus dem Arbeiterstande. Wenn der heftigste Star mit einigen hundert Mark für diesen lässlichen Zweck härter belastet wird, so würde der Arbeitseifer und die Arbeitsfreude dieser fünf Beamten wesentlich gefördert.

Durch den oben erwähnten Umstand, daß eine Anzahl Betriebe aus dem Rahmen der Beschäftigung ausgeschlossen, andere wieder, hauptsächlich dem Putzgewerbe angehörend, hinzugekommen sind, ist ein Vergleich bezüglich der Anzahl der Betriebe und der darin beschäftigten Arbeiter fast unmöglich. Die veröffentlichten Zahlen können also nur bedingt angezogen werden. In den 6276 (6188*) Fabriken und ihnen gleichgestellten Anlagen wurden 113 151 (99 414) Arbeiter beschäftigt. Davon waren erwachsene Arbeiter über 21 Jahre alt 83 212 (70 372) im Alter von 14 - 16 Jahren 6 233 (5 884) im Alter unter 14 Jahren 18 (17) Arbeiterinnen im Alter über 21 Jahre 10 396 (9 895) von 16 - 21 Jahren 8 947 (8 968) " " " " 14 - 16 " 4 340 (4 259) " " " " unter 14 Jahren 5 (19)

Da zu kommen noch die unter das minder-schulgerecht fallenden gewerblich beschäftigten Kinder im Alter von 6 - 12 Jahren 3 644 (3 735)

Jahr	Arbeiter			Arbeiterinnen		
	in der Fabrik	in der Werkstatt	sonst	über 21 Jahre	16-21 Jahre	unter 14 Jahren
1910	6276	113151	83212	6233	17	10396
1908	6188	99414	70372	5884	17	9895
1906	5961	96992	69054	5637	12	9286
+ 296 + 16431 + 14138 + 599 + 6 + 1010 + 516 + 231 = 517						
- 50 - 17 - 24 - 10 - 3 - 9 - 67 - 5,59 = 50						
Revisionen wurden ausgeführt:						
1910	4532	87601	61881	4987	10	17191
1908	4291	79127	54982	4732	14	15489
1906	4219	76106	52069	4301	9	16019
Nicht revidiert wurden:						
1910	1744	25550	21531	1240	8	2152
1908	1889	20287	15390	1152	3	304
1906	1782	20562	17015	1136	3	187

Die Anzahl der zu revidierenden Betriebe ist seit dem Vorjahre um 96, die der Beschäftigten um 14 320 gestiegen, auch die Revisionen haben zugenommen, daß aber die Zahl der von der Kontrolle nicht erfaßten Personen in einer Weise emporschnellt, wie uns vorliegende Tabelle zeigt (1910 = 113 151, 1909 = 99 414), ist einfach unverantwortlich und nur durch eine falsche Sparjamkeit herbeizuführen.

In der Lederindustrie Hessens ist die Zahl der der Gewerbeinspektion unterliegenden Betriebe von 12 272 im Vorjahre auf 13 241 im Berichtsjahre, also um 969, gestiegen. Die Zunahme, die zum größten Teil auf Offenbach und Worms entfällt, ist tatsächlich größer, weil 31 Lederwarenfabriken aus der Statistik ausgeschieden sind und die vermehrte Einstellung in Seimarbeit und Rinschmeisterbetrieben ohne motorische Kraft nicht gezählt wurden. Mehr beschäftigt wurden 441 erwachsene männliche, 190 jugendliche, 102 männliche, 94 weibliche und 332 weibliche Arbeiter über 21 Jahre. Die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter ist um 5 Proz., der Arbeiterinnen um 14 Proz. und die der jugendlichen um 15,5 Proz. gestiegen. Von den in der Lederindustrie Hessens beschäftigten Arbeitern entfallen auf Darmstadt 328 (275), Offenbach 6014 (6437), Gießen 128 (145), Mainz 228 (207) und Worms 5645 (5208).

Wenn auch im allgemeinen eine Besserung der Konjunktur konstatiert werden konnte, so haben doch einzelne Gewerbezweige sehr stark unter den Folgen der sogenannten Reichsfinanzreform zu leiden gehabt. So mußten die Zündholzfabriken einen großen Teil ihrer Arbeiter entlassen, weil der Absatz immer noch nicht so groß war, um den gewöhnlichen Betrieb aufrechtzuerhalten. In Pfungstadt wurden 87 Zündholzarbeiter (= 40 Proz.) weniger als im Vorjahre beschäftigt.

Der Gemeinderat in Pfungstadt hat unterm 6. Februar 1911 eine Petition an den Reichstag gerichtet, in der konstatiert wird, daß am 1. Oktober 1909 in den fünf Pfungstädter Fabriken 296 Arbeitende beschäftigt waren. Am 1. Januar 1911 war die Zahl der Arbeiter auf 136 gesunken. Es sind mithin die Arbeiter zu 54 Proz. arbeitslos geworden, und diese arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit. Es wird hinzugefügt: Am 4. Februar 1911 sind noch zwei Fabriken mit 60 Arbeitern stillgelegt worden.

Die Handelskammer in Mainz hat in diesen Tagen folgendes mitgeteilt:

Infolge des durch die Zündwarensteuer herbeigeführten Konsumrückganges im Jahre 1910 lag die Zündholzindustrie am Rande und in der Umgebung vollkommen daneben. Die Erzeugung wurde auf ein Schicht der normalen Produktion herabgesetzt.

Eine andere Fabrik in Darmstadt hat die Arbeiterzahl von 81 auf 40 eingeschränkt und monatlich die Arbeitszeit bis auf 4 Stunden täglich herabgesetzt. Eine zweite Fabrik in demselben Bezirk beschäftigte 13 Wochen 45 Arbeiter täglich 10 Stunden und 39 Wochen 40 Personen nur 8 Stunden. Auch in den übrigen Zündholzfabriken mußten gleiche Einschränkungen vorgenommen werden. Während der ersten drei Monate des Jahres herrschte auch in der Zigarrenindustrie starke Arbeitslosigkeit. Im Bezirk Offenbach wurden sechs Zigarrenfabriken und 87 Arbeiter weniger gezählt. Bei 40 von 63 vorhandenen Zigarrenfabriken wurden besondere Erhebungen gemacht. Davon geben 22 Fabriken mit 1290 Arbeitern an, sie hätten wohl keine Entlassungen vorgenommen, aber stark auf Vorrat arbeiten lassen. Eine Fabrik gab ihren Heimarbeitern täglich 100 Mädel weniger in Arbeit. Die übrigen 18 Fabriken mit 945 Arbeitern gaben an, daß im Jahre 1910 infolge der Steuererhöhung noch an 707 Arbeiter zu leiden gehabt hätten. So mußten in einer Fabrik 50 Arbeiter 12 Wochen, in einer anderen 90 Arbeiter 130 Tage aussetzen. 274 Arbeiter mußten das ganze Jahr hindurch viertel und halbe Tage feiern und 38 konnten überhaupt nicht beschäftigt werden. Der Beamte vom Bezirk Gießen, in dem die Zigarrenindustrie Hessens in großem Maßstab betrieben wird, hat über die Folgen der Steuer überhaupt keine Angaben gemacht, trotzdem 243 Arbeiter weniger als im Vorjahre beschäftigt wurden.

Während der Erhebungen stellte der Beamte fest, daß die Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften nach der gesetzlichen Ruhezeit auch auf Kosten des Verdienstaufhaltes irreden und ihr körperliches Wohl über die wirtschaftliche Verträglichkeit stellen, berichtet der Beamte von Gießen ein wahres Kuriosum. Bei der Polizeibehörde war von dem Kleinerwerbende eine namenlose Anzeige über Nichtgewährung der Ruhezeit in einem Gasthof eingegangen. Die Untersuchung ergab die Richtigkeit der Anzeige. Der Direktor selbst gestand die Uebertretung zu. Das Personal aber hatte ohne weiteres durch Namensunterschrift in dem Verzeichnisse bestätigt, daß es die gesetzliche 24stündige Ruhepause erhalten habe, während es in Wirklichkeit nicht der Fall war. Bei der im Verfolg der Anzeige vorgenommenen Vernehmung der Kleinerwerbenden sogar alle mit einer Ausnahme, in den Genuß der 24-Stundenruhe gekommen zu sein.

Trotzdem die Revision der Betriebe aus Personalmangel eine durchgehende nicht sein konnte, wurden in 436 Betrieben Auseinandersetzungen gegen die Schaubestimmungen für Arbeiterinnen und in 790 Betrieben gegen die Bestimmungen für jugendliche ermittelt, von denen nur 36 bezw. 47 mit ganz geringen Geldstrafen belegt worden sind. Dagegen war die Gewerbeinspektion mit der Bewilligung von Ueberstunden über die tägliche 10-Stundenarbeit hinaus durchaus nicht so sparsam. So wurden für 5688 Arbeiterinnen 118 300 Ueberstunden an 2952 Tagen bewilligt, wodurch in vielen Fällen der gesetzliche 10-Stundentag fast illusorisch gemacht worden ist. Nur ein einziger Antrag auf Bewilligung an Ueberarbeit wurde zurückgewiesen. Für 5296 Beschäftigte wurden auch noch 43 692 Arbeitsstunden an Sonn- und Feiertagen zugelassen. Auch hier wurde nur ein Antrag zurückgewiesen. Dieses Entgegenkommen der Behörden wirkt geradezu anreizend auf die Unternehmer, recht viel Ueberstunden- und Sonntagsarbeitsbewilligungen zu beantragen. Hier müssen die Gewerkschaften mehr als bisher auf dem Posten sein und die Arbeiter über die Schädlichkeit der immensen Ueberarbeit aufklären. Auch der Gewerbeinspektion müßten Mittel zur Verfügung gestellt werden, Anträge solcher Art an Ort und Stelle genügend nachprüfen zu können, was jetzt aus Mangel an Zeit und Personal nicht möglich ist. Es darf auf keinen Fall wieder vorkommen, daß der Darmstädter Beamte gezwungen ist, zum Ausdruck zu bringen: Ueber die Einzelheiten der Gründe, die für die Bewilligung von Ausnahmen nach § 106i der Gewerbeordnung maßgebend gewesen sind, über ihre Berechtigung, über die technische Möglichkeit

und Wahrscheinlichkeit, die Arbeiten an Wochentagen vorzunehmen, über ihre Eigenart, die sie etwa unter andere Gesetzebestimmungen einfügen sollte, kann nur in seltenen Fällen geurteilt werden. Die aus der Natur der Ausnahme entspringende Antragstellung in der letzten Stunde ermöglicht, namentlich bei größeren Entfernungen des Betriebsortes vom Amtssitz des Aufsichtsbeamten, die vorherige Anfrage und besonders die eingehende Prüfung nicht."

Briefe aus Leipzig.

II.

Mein Leipzig, ei, das lob ich mir, es ist ein Klein-Paris -- und bildet seine Leute.

So könnte jeder schwärmerisch ausrufen, der es näher kennt. Man muß auch gesehen, Leipzig bietet und zeigt viel, Verlockendes so gut wie Verleidendes, Genüßes weltlicher wie geistlicher Art. Stimmliche Darbietungen Leipzigs sind genau so defant wie dessen Industrie. Im Buchhandel, im Maschinen-gewerbe behauptet es seinen Platz am Weltmarkt, seine Messen sind eine der großartigsten Erscheinungen mit, die es gibt. Da werden Tag für Tag Millionen umgesetzt, da wird gehandelt, Geschäfte werden abgeschlossen von weittragender Bedeutung. -- Da pulsiert das geschäftliche Leben in einem Fort. Des Abends dann, bis in die späte Nacht hinein wird Terpsichore, Amor und der Frau Musica gehuldet. -- Des Dichters Wort hat also seine volle Berechtigung. --

Unweilend tritt dies nun aber auf die Arbeiter, speziell auf die Portefeuilleer zu, auf die ich hier etwas näher eingehen möchte.

Nun, Leipzigs Arbeiter gehören wohl zu den sorgschäftigsten mit. Sie haben aus allen Lagen und Vorkommnissen, wie sie das heutige Leben, besonders die wirtschaftlichen Verhältnisse, mit sich bringen, gelernt, sich dementsprechend gebildet und das sehr gut. Im allgemeinen kann man das behaupten, ohne hier erst große Beweise vorzubringen -- es ist Tatsache -- und gilt auch von den Sattlern, nicht so unbedingt aber von den Portefeuilleern. -- Waren diese von jeher schon ein sonderbares Völkchen, so daß es manchmal unter den führenden Kollegen zu Kopfschütteln und Verwunderung Veranlassung gab, so hat sich auch bis dato nichts geändert und nichts gezeigt, was auf eine Besserung schließen könnte. Politische oder gewerkschaftliche Tätigkeit kennen hier nicht viele Portefeuilleer, kollegiales Zusammenhalten noch weniger. Versammlungen kommen vielleicht vier bis fünf im Jahre zustande, die übrigen müssen gleich zu Beginn der Sitzung wegen fürchterlichen Andrangs und allzu großen Interesses geschlossen werden.

Den Veranlassungen der Gewerkschaft, des Bildungsinstituts sowie allen anderen Darbietungen stehen sie so gleichgültig und teilnahmslos gegenüber, als dürften sie ihr Interesse damit nicht belassen, ihr Volksgana könnte sonst darunter leiden. -- Unnötiger Ballast für ihren Geist. -- So vegetieren also die Portefeuilleer in Klein-Paris. --

Haben sie nun Grund oder gar ein Recht, sich so hermetisch abzuschließen? Oder sind sie zufrieden mit ihrer Lebenslage? -- Bewahre, keines von beiden. Käuflicher und schimpfen können sie mächtig, merken sie doch täglich, wie die Lebenshaltung hier immer leurer wird. Die letzte Biersteuer, der bald eine Erhöhung der städtischen Einkommensteuer (der niederen Einkommen wahrscheinlich) folgen wird, mühte ihnen nebst anderen Verleuzerungen zeigen, welchen Weg sie zu gehen haben. Nicht abschließen von der Masse, nicht anbedienen, lieb sind machen bei Meistern und Vorgesetzten, sondern Zusammenschluß und Zusammenhalten aller muß das Ziel sein.

Singeln nichts -- vereint alles.

Zur direkten Notwendigkeit muß dies werden, ja zum direkten Zwang, wenn man die im Herbst ablaufenden Augenhändel von 1908 zweier hiesiger Firmen durchsieht und deren Handlungsweise betrachtet. 58stündige Arbeitszeit herrscht bei der einen noch vor, wo doch jetzt in gemäßigten Betrieben die 52- bis 53stündige besteht. Verhelingsausbeutung „engros“ wird bei der anderen Firma betrieben. Auf 7 Akkorde und 5 Lohnarbeiter kommen 7 Lehrlinge, vier weitere sollen Ostern noch antreten. Bewahren muß man diese jungen Leute, genügende fachliche Ausbildung können sie wohl nicht erhalten, denn man sieht sie vielfach nach beendeter Lehrzeit in anderen Gewerben ihr Brot verdienen. Es muß ihnen wohl besser gehen als Wagenwäscher, Trofchen-futscher, Kohlenkipper, Führer an der „Elektrischen“ usw. wie als Portefeuilleer. Ein Minimallohn, wie er bei den Sattlern üblich (50 Pf. pro Stunde) besteht überhaupt nicht. Akkordlöhne zeigen Differenzen von über 100 Proz. bei ein und demselben Artikel, wie denn überhaupt viele Stücklöhn als sehr niedrig bezeichnet werden müssen. Man staunt manchmal über die horrenden Löhne, die den Arbeitern angeboten werden.

* Die in () stehenden Zahlen sind die des Vorjahres

Gaubericht Nürnberg 1910.

Für einen großen Teil unserer Kollegen war das abgelaufene Geschäftsjahr ein sehr bewegtes. ...

Die Mitgliederzahl hat sich von 358 auf 433 im Berichtsjahr gehoben, trotzdem wir, besonders in Nürnberg, ziemlich stark bei den Sattlern unter der Krise zu leiden hatten.

Nürnberg befindet sich in bezug auf den Mitgliederstand wenig im Wachsen. Die Kollegen der Treibriemen- und die der Walzenbranche ...

Die Kollegen der Heisartzellbranche bei Dorn u. Steinmetz, sowie bei Klauen stellten im Mai Forderungen. ...

Einem schönen Auffschwung hat die Filiale Erlangen zu verzeichnen, hat sich doch die Mitgliederzahl von 22 auf 51 am Quartalschluss gehoben. ...

Gaulleiter mit dem dortigen Vorstand vorstellig wurde und die Wiedervereinigung sämtlicher Streifen ...

In Hof wurden im Mai von unseren Kollegen Forderungen gestellt, und zwar an sämtliche Meister. ...

Koburg entwickelt sich ebenfalls sehr gut, namentlich sind es die jüngeren Kollegen, welche zu begreifen anfangen, daß sie unter ganz schlechten Verhältnissen arbeiten ...

Ausbach hält seinen Mitgliederstand, könnte aber mehr vorwärts kommen, wenn jeder Kollege etwas mithelfen würde, um die indifferenten Kollegen dem Verbanne zuzuführen. ...

Über den schriftlichen Verkehr ist zu berichten, daß 251 Einläufe im Jahr zu verzeichnen sind, dem ein Ausgang von 757 Briefen, Karten und Druckfachen gegenübersteht.

Hans Böhner.

Über das Benehmen und Verhalten einiger „besserer“ Kollegen, die glauben, eine Vertrauensstellung zu haben, ihren Mitarbeitern gegenüber, die früher auch sehr viel in Entrüstung mimmten, wäre mal ein ernstes Wort zu reden, wollen es aber momentan noch unterlassen.

Heimarbeiter sind hier jetzt wieder recht tätig. Sie arbeiten mit 3-4 Mädchen für drei und mehr Geschäfte; auf diese Weise drücken sie die Werkstattlöhne. ...

An diesem Wenigen erhebt ihr Portefeuller, daß Dünkel und Stolz einerseits gar nicht berechtigt sind. ...

Völlige Arbeiterruhe am 1. Mai

Ist die wirksamste Maßfeier, weshalb auch in diesem Jahre von unseren Kollegen erwartet wird, daß sie in diesem Sinne und an diesem Tage für Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden ...

Sehr wohl bejagen die bisher gefakten Beschlüsse der deutschen Gewerkschaftskongresse und der sozialdemokratischen Parteitag, daß in Fällen, in denen wegen der Arbeitsruhe ...

Die Kollegenchaft, soweit sie in der Portefeuller- und Heisartzellindustrie unter Tarif beschäftigt und für sie der 1. Mai als Feiertag tariflich nicht geregelt ist, kann ihr doch durch ...

Allen Mitgliedern wird es zur dringenden Pflicht gemacht, die jungen Kollegen, die jetzt die Lehre verlassen haben, zum Anschluß an unseren Verband zu bewegen.

Wer innerhalb sechs Wochen nach der Lehre Mitglied des Sattler- und Portefeullerverbandes wird, ist vom Einschreibegeld befreit und kann nach 13 wöchiger Beitragsleistung bis zu 18 Mk. Reiseunterstützung beziehen.

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten!
Die kämpft es sich schlecht
Für Freiheit und Recht.
Und nimmer verzaget!
Von neuem gewaget!
Und mutig voran!
So zeigt sich der Mann.
Wir wollen belachen
Die Feigen und Schwachen;
Wer steht wie ein Held,
Dem bleibt das Geld.
Einst wird es sich wenden,
Einst muß es sich enden
In unserem Glück:
Drum nimmer zurück!

Die Herzte als Unfallgutachter.

Am 27. Februar 1905 behauptete der damalige Staatssekretär Graf v. Posadowski im Reichstage, es sei eine Erscheinung, die in meinen Kreisen beachtet werden sollte, daß Arbeiter, welche auch nur kleine Verletzungen erlitten haben, den Kampf um die Rente in einem gewissen krankhaften, nur psychologisch erklärbaren Zustande führen. ...

Es hat den Anschein, als wenn gerade in den letzten Jahren die Herzte besonders eifrig als Sachverständiger auftreten. Neuerdings ist z. B. von einem gewissen Dr. Müller ein Buch über: „Die Herrschaft der Sozialdemokratie in der Krankenversicherung“ erschienen, in dem behauptet wird, die gesamte Fürsorgeeinrichtung habe eine demoralisierende Wirkung gehabt, sie habe die Herabsetzung des Pflichtbewußtseins, die Schwächung der Energie, Steigerung der Begehrlichkeit und Verbreitung von Lug und Trug gefördert! ...

Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß wir die Gutachterfähigkeit der Herren Herzte einmal gehörig unter die Lupe nehmen. Auch der Arzt unterliegt Irrtümern. Fast in allen Rentenzeitfäden finden wir, daß sich ärztliche Gutachten widersprechen. ...

überreichhaltiger Auffassung des klinischen Befundes.

Bei Durchsicht der neuesten Erscheinungen der großen ärztlichen Unfallliteratur finden wir, daß die Meinungen selbst in theoretischen Fragen sehr weit auseinandergehen. Darunter müssen naturgemäß die Interessen der Verletzten leiden. ...

Die Berufsgenossenschaften geben natürlich in solchen Fällen der zuerst erwähnten Kategorie der Gutachter den Vorzug. Was für ein großer Wert von den Berufsgenossenschaften auf „gute“ Gutachter gelegt wird, geht daraus hervor, daß die Schieds-Berufsgenossenschaft, wie sie in ihrem letzten Geschäftsbericht mitteilt, ein vertrauliche Empfehlung mit den im Rheinland und in Westfalen domizilierenden Verwaltungen anderer Berufsgruppen gehabt hat, wo ihre „eine Reihe von Ärzten und Krankenheilkütern genannt wurden, an die sich die Berufsgenossenschaften bei der Begutachtung und Behandlung ihrer Verletzten vor allem wenden können und denen sie unbedingtes Vertrauen entgegenbringen dürfen.“ ...

Aber nicht allein die Abhängigkeit, auch mangelndes soziales Verständnis und die Unwissenheit mancher Herzte infolge ungenügender Durchbildung und mangelnder Erfahrung spielen bei der Begutachtung eine sehr große Rolle.

So wird zum Beispiel ein Gutachter, welcher eine große Privatpraxis hat, über manche Unfallfolgen der Arbeiter viel günstiger urteilen als ein anderer, dem eine Privatpraxis überhaupt fehlt. Nach Ansicht des Professor Schuster-Berlin (Drei Vorträge aus dem Gebiete der Unfallneurologie S. 30) kann der Arzt nur dann Krankheitsrichtig beurteilen lernen, wenn er einwandfreie, nicht interessierte Patienten studiert und analysiert. ...

Die Gutachterfähigkeit entwickelt sich immer mehr zum Spezialfach. Bei der Lektüre der Schriften, die bekannte Gutachter zur Bezeichnung anderer Herzte geschrieben haben, bekommt man erst einen Begriff davon, wieviel bei der Begutachtung durch die Herzte gesündigt wird. ...

Man kann hier die Simulanten durch geübte Tricks entlarven. Ein solcher „Kunstreifer“ wird wie folgt beschrieben: „Beobachtet z. B. ein Patient, den man im Schultergelenk nicht über die Horizontale heben zu können, so läßt man den Patienten sich tief vorüber zur Erde bücken und fordert ihn dann mit irgendeiner Motivierung auf, unter Verbeugung seiner gebückten Stellung, den Arm zum Pulsfühlen zu reichen. Der Simulant tut dies in der Regel prompt, da er nicht daran denkt, daß die Horizontalehebung des Armes bei vornübergebeugtem Kump der Vertikalhebung des Armes in aufrechter Stellung gleichkommt.“ ...

Um Simulation von Schwindelgefühl festzustellen, müssen die Verletzten bei der Untersuchung mit geschlossenen Augen und zusammengepressten Fingern stehen, wobei dann allerlei „Kunstreiffe“ ausgeführt werden, um den Schwindler zu entlarven; man versucht ihn dabei auch wieder möglichst von dem eigentlichen Gegenstand der Untersuchung abzulenken. ...

Gleiches gilt nach seiner Ansicht für Gehstörungen. Ein anderer Arzt, Prof. Schülke-Greifswald, belegt das in seiner bereits erwähnten Arbeit durch folgendes Beispiel: Er hatte einmal im Auftrage des Reichsversicherungsamts einen Seemann zu begutachten, der als Simulant angesprochen wurde. ...

Zur Prüfung der Empfindlichkeit der Haut (Sensibilitätsprüfung) sind ingenieurmäßige Apparate und Methoden ausgedacht worden, um falsche Angaben aufzudecken. ...

psychiatrischen Verständnis für die wahre Natur der Beschwerden. Sie versagen auch oft sofort, als ihr positiver Ausfall die Beschwerden nur wahr scheinlich macht, ihr negativer Ausfall sie aber nicht mit Sicherheit ausschließt. Es erscheint auch nicht angebracht, im Anschluß an das Sprichwort: „Wer einmal lügt, dem glaubt man“, die Angaben der Unfallverletzten fälschlich als Simulation anzusehen, wenn man ihnen in einem Punkte Betrug nachgewiesen hat.“ Dieser Gutachter hat wiederholt festgestellt, daß der angegebliche Verstoß zu dem Krankheitsbilde des Verletzten gehörte, das der Sachverständige nicht kannte oder nicht verstand! Mehrfach hat er auch festgestellt müssen, daß die Gutachter Anatomie nicht geläufig war! Am meisten wird nach seiner Ansicht von den Ärzten bei der Unfall-Synergie geübt. Das Wesen der Synergie ist manchen Ärzten nicht hinreichend bekannt. — Trotz des so krankhaft ausgeprägten Ständebewußtseins gibt es unter der Ärzteschaft also ebenso Stümper wie in anderen Verufen auch.

Aus Vorstehendem erhellt man, wie leicht jemand zum Simulanten gestempelt werden kann, obwohl er wirklich krank ist. Tatsächlich wird und muß von den Arbeitern mehr Gesundheit als Krankheit simuliert werden.

Zum Schluß müssen wir uns noch entschieden gegen das Vorgehen mancher Ärzte wenden, die objektive Schwere des Unfalls und der Verletzung als Grundlage für die Rentenfestsetzung zu benutzen. Das heißt, ein Unfall kann noch solche schwere Folgen hinterlassen, wenn der Arzt der Meinung ist, daß der Unfall objektiv (nach dem Stande der Wissenschaft) nicht „geeignet“ war, derartige Folgen hervorzurufen, dann soll der Verletzte entweder keine oder nur eine ganz minimale Rente erhalten ohne Rücksicht auf seinen Zustand im allgemeinen. Das ist direkt ungesund! Doch das kümmert die Scharfmacher unter den Ärzten wenig. Sie begutachten einfach von ihrem „wissenschaftlichen“ Standpunkt, daß der Unfall objektiv nicht geeignet war, die von dem Kranken behauptete Unfallfolge hervorzurufen und damit basta. Niemand kann ihnen etwas anhaben. Leider ist das Reichsversicherungsamt wie in manchen anderen Fragen auch in diesem Punkt den Berufsgenossenschaften und ihren scharfmacherischen Vertretern gefolgt und hat Rente grundsätzlich verweigert, wenn der Unfall objektiv nicht geeignet war, ein bestimmtes Leiden (z. B. die traumatische Neurose) hervorzurufen. Professor Döcker-Freiburg bezeichnet diese Praxis des Reichsversicherungsamts in seiner Broschüre: „Notwendige Reformen der Unfallversicherungs-Gesetze“ als unzulässig. „Niemand kann beweisen“, so führt er aus, „daß ein Unfall quantitativ geeignet war, Neurose zu hinterlassen; der Unfall ist immer nur einer der mitwirkenden Faktoren, wichtiger ist die Art der vom Unfall betroffenen Gesamtpersonlichkeit.“ Auch Professor Schulze tritt der Auffassung des Reichsversicherungsamts entgegen. Gerade Untersuchungen der letzten Zeit hätten gezeigt, daß auch nach scheinbar leichten Unfällen recht schwere Verletzungen, die mit Brüchen und Blutungen einhergehen, auftreten können.

Nichtabsehnlicher verlangt jedoch Dr. Reichardt-Würzburg von jedem Unfall eine sofortige und genaue Protokollierung, um „noch mehr als bisher“ (!) die objektive Schwere des Unfalls über die Rentenansprüche entscheiden zu lassen. Es sollen Fragen nach Veranlassung des Unfalls, Tiefe des Sturzes, Art des Fallens oder Gleitens, Schwere des verletzten Gegenstandes usw. sowie den unmittelbaren Unfallfolgen beantwortet werden. Er beklagt es, daß die große Mehrzahl der ungerichteten Renten (nach seiner Ansicht sind das 70 Proz.) nicht herabgesetzt oder entzogen werden kann, weil der Arzt nicht weiß, was sich „beim Unfall überhaupt ereignet und welche Folgen er gehabt hat“. Außerdem hält er es für „leicht, einem objektiv gering Verletzten eine Dauerrente nicht zu gewähren, aber für schwer, eine solche zu entziehen“. Auch wird nach seiner Ansicht vom Verletzten die Rentenentziehung als größere Härte empfunden, als wenn er gar keine erhält. Erwähnt sei schließlich noch, daß dieser Herr die traumatische Neurose, diese gefährlichste Rentenkrankheit, die infolge von Unfällen auftritt, und von der Professor Schulze schreibt, daß sie oft Krankheitsbilder und Symptome erzeugt, welche den Eindruck erwecken, als sollten sie alles Gewöhnliche und bisher Dagewesene in den Schatten stellen, durch kategorisches Auftreten gegenüber dem Verletzten und ebenfalls durch eine kleine Schenkrente „beseitigen“ will, in den meisten Fällen führt er sie auf angeborene Anlage zurück, für welche Rente überhaupt nicht zu zahlen ist.

Die Versicherten ersehen hieraus, was für gefährliche Gegner sie in der Ärzteschaft haben. Ge-

rade die Ärzte tragen auch sehr viel zu der immer schlechter werdenden Rechtspflege des Reichsversicherungsamts bei.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände

fand am 27. und 28. März in Berlin statt. Sie hatte sich in der Hauptsache mit der Durchföhrung der zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine getroffenen Vereinbarungen zu befassen. Einleitend der Besämpfung der Heimarbeit werden Generalkommission und Zentralverband der Konsumvereine einen gemeinsamen Aufruf erlassen, der den Mitgliedern der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften die schweren wirtschaftlichen und hygienischen Schäden der Heimarbeit vor Augen führt und sie auffordert, Heimarbeitserzeugnisse beim Einkauf zurückzuweisen, vor allem solche aus den Branchen der Lebens- und Genussmittel, Bekleidungs- und Haushaltsgegenstände. Soweit die Genossenschaften zur Eigenproduktion in modernen Betrieben und mit hygienisch und gewerkschaftlich geregelten Arbeitsverhältnissen übergegangen sind, sind deren Erzeugnisse in erster Linie zu berücksichtigen. — Ferner werden Generalkommission und Zentralverband der Konsumvereine gemeinsam ein Merkblatt zur Bekämpfung der Heimarbeit herauszugeben, das in den Gewerkschaftsbüros und Konsumvereinsfilialen unentgeltlich abzugeben ist. — Die ständige Verjorgung der Arbeiterpresse mit aufklärenden Artikeln und Notizen über die Schädlichkeit der Heimarbeit wurde der „Sozialpolitischen Abteilung“ der Generalkommission übertragen. Die weiteren Vereinbarungen betrafen den Ausschluß von Straftatserzeugnissen aus dem Warenvertrieb der Konsumvereine, die Errichtung industrieller Arbeitsgenossenschaften, die Anerkennung der Gewerkschaften, deren Tarife und der gewerkschaftsüblichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungsüberträgen und Vergebung von Arbeiten der Konsumvereine und die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieber. Alle diese Vereinbarungen hatten bereits dem Hamburger Gewerkschaftskongreß (1908) vorgelegen, konnten aber damals ihre Erledigung nicht finden. Der diesjährige Gewerkschaftskongreß zu Dresden wird endgültig über dieselben entscheiden.

Einige Vorkommnisse im Geltungsbereich lokaler Tarifverträge mit Konsumvereinen gaben Anlaß zur Erörterung der Frage, wie die Konsumvereine gegen Tarifbruch zu schützen seien. Es wurde die Unterstellung dieser lokalen Tarife unter das zentrale Tarifamt empfohlen. Auch wurde erklärt, daß die den Konsumvereinen unter Tarifbruch abgerungenen Zugeständnisse nicht verbindlicher Natur seien.

Recht eingehend wurde über den Geldverehr in den Gewerkschaften und die Beziehungen der letzteren zur Bankabteilung der Großhandelsbankgesellschaft deutscher Konsumvereine verhandelt. Ein namhafter Teil der Gewerkschaftsgelder ist bereits teils bei der Bankabteilung der G.-E.-G., teils bei einzelnen Konsumvereinen angelegt. Um diesen Geldverehr im beiderseitigen Interesse förderlich und nützbrender zu gestalten, wurden zahlreiche dankenswerte Informationen seitens der anwesenden Genossenschaftsvertreter gegeben.

Streiks und Lohnbewegungen.

Köln-Grenzb. In der gesamten Waggonfabrik Herbrand u. Co. ist die Gesamtarbeiterschaft in eine Lohnbewegung eingetreten. In Frage kommen zirka 800 Arbeiter, welche 12 Organisationen angehören. Die Metallarbeiter und Holzarbeiter kommen in erster Linie in Frage, unsere Organisation ist zurzeit mit 12 Mann beteiligt. Die in den letzten Jahren übliche Geschäftsflaute ist einer günstigen Konjunktur gewichen, so daß die Arbeiter die Zeit für gekommen erachten, die Schäden der letzten Jahre etwas auszugleichen. Die Forderung nach endgültiger Festlegung des Neunstundentages ist durchaus gerechtfertigt gegenüber dem Betreiben der Geschäftsleitung, wieder 10 Stunden arbeiten zu lassen. Daß die Lohnfrage einer dringenden Regelung bedarf, versteht sich in dem teuren Köln am Rande. Die Firma ist allerdings anderer Ansicht. Nachdem sich die Arbeiter über die zu unternehmenden Schritte in einer Reihe von Sitzungen klar geworden waren, wurde der Arbeiterausschuß mit der Uebergabe der Forderungen betraut. Das Resultat war kurze Ablehnung der Forderungen und Kündigung des Obmannes. Eine hierauf statigefundene Betriebsversammlung erklärte sich in ihrer großen Majorität für die Kündigung, welche auch am 8. April erfolgte. Die Arbeiter, welche ihre Kündigung nicht einreichten, erhielten durch die Betriebsleitung gefündigt. Soweit ist also mit Sonntagabend, den 15. April, der Gesamtbetrieb zum Stillstand gebracht worden. Ueber den weiteren Gang

der Dinge werden wir die Kollegen auf dem Laufenden erhalten.

Dannover. Eine der bekanntesten Firmen unserer Branche (Zettelfabrikation) in Dannover ist die Firma G. Paffier u. Sohn. Leider herrschen für unsere Kollegen bei derselben nicht gerade glänzende Verhältnisse. Herr Paffier sen. ist noch ein Meister der alten Schule und glaubte auch für seinen Betrieb die alte Zeit hochhalten zu können. Trotzdem die Firma ihr Konnomee doch zum Teil der Geschicklichkeit ihrer Arbeiter verdankt, hat sie niemals mit der Organisation, als Vertreter der Arbeiter, verhandeln wollen. Doch auch hier hat die neue Zeit ihren Einzug gehalten und die Firma Paffier u. Sohn hat zum ersten Male mit der Organisation einen Tarifvertrag abgeschlossen, der die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf längere Zeit festsetzt.

In vorigen Jahre war hier schon eine Lohnbewegung, die durch den Trud der Organisation einige Erfolge in bezug des Lohnes zeitigte, doch blieb die Arbeitszeit dieselbe und auch sonst alles beim alten. Diesmal handelte es sich hauptsächlich um die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Tarifentwurf wurde am 24. März von der Organisation eingereicht und am 28. März begaben sich zwei Mitglieder der hiesigen Ortsverwaltung zwecks Verhandlung zur Firma. Die Herren Paffier ließen sich auf Verhandlungen ein. Nach zweitägiger Aussprache wurde fast in allen Punkten eine Einigung erreicht und der Vorliegende konnte am folgenden Tage einen Tarifvertrag mit der Firma abschließen, der für unsere Kollegen sehr nennenswerte Vorteile bringt und auch wohl für hiesige Verhältnisse als einer der günstigsten Verträge gelten kann.

In dem Vertrage wurden festgesetzt: 1. Verkürzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 8 Stunden pro Tag ohne jede Lohnkürzung, 2. Erhöhung der Wochenlöhne um 1 Mk. pro Woche vom 1. April 1912 ab, 3. Den Affordarbeitern wird ein Stundenlohn von 45 Pf. garantiert und erhalten dieselben sofort 5 Proz. Aufschlag, sowie am 1. April 1912 eine weitere Aufbesserung der schlecht bezahlten Stüde. Ferner wurden noch einige Mißstände, welche den Unwillen der Kollegen erregten, tariflich beseitigt. Wir können also hoffen, daß auf längere Zeit Frieden in diesem Betriebe herrscht und die Firma zu der Einsicht kommt, daß der Friede auch für sie Nutzen bringt, da sie einen guten Stamm Sattler behält, der sich hoffentlich bald vermehren wird. Leider fordert das Verhalten einiger Unorganisirter die Kritik heraus. Sie genügen gern die Vorteile, die die Organisation erringt, ohne einen Finger darum zu rühren. Hoffentlich werden auch sie sich uns anschließen und sich nicht nur von anderen die Kostanien aus dem Feuer holen lassen. Dann wird es uns auch möglich sein, nächstmal noch besseres zu erringen.

Der Streit in Zeitz ist beendet. Mit 186 gegen 117 Stimmen wurde der Streit abgebrochen. Es handelte sich um die Ausständigen der Firmen Näther, Soberski und Pescherrer. In allen anderen Firmen war vorher nach Zugeständnissen der einzelnen Fabrikanten die Arbeit wieder aufgenommen worden. Bei den genannten Firmen hatten sich eine Anzahl Arbeiter aus den Reihen der Streikenden gefunden, welche zum Vertreter an ihren Kollegen wurden. Aber auch von auswärts kam der Zugang. In diesen Zeitungen wurden von der Firma Näther Arbeitskräfte gesucht. Auf Anfrage erhielten die Gehilfen folgendes Antwortschreiben:

„Auf Ihre Schreiben teilen wir Ihnen mit, daß Sattler für unsere Fabrik in Zeitz gesucht werden und Sie Arbeit haben können, wenn Sie gesund, nicht über 45 Jahre und spätestens innerhalb 8 Tage antreten. Sattler verdienen durchschnittlich 4,35 Mk. pro Tag, wenn Sie aber flott arbeiten, können Sie bedeutend mehr verdienen, da alle Arbeiten in Afford ausgeführt werden. Zu Ihrer Orientierung wollen wir nicht verschweigen, daß von unseren 1200 Leuten sich zirka 300 wegen Nätherabsehung der Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden im Ausstand befinden, es arbeiten zurzeit zirka 900 Mann. Die jetzige Arbeitszeit beträgt wöchentlich 58 Stunden. Bei zufriedenstellenden Leistungen ist die Beschäftigung unbedingt dauernd. Das Jahrgeld 1 Klasse von dort vergüten wir Ihnen, nachdem Sie eine Woche bei uns gearbeitet haben. Wenn Sie Gelegenheit haben, noch einige Kollegen aus der Sattlers, Lackierer- und Schmiedebzange mitbringen zu können, so vergüten wir Ihnen für jeden Mann 3 Mk., sobald derselbe eine Woche bei uns in Arbeit steht. Wir sehen Ihrem Bescheid, ob und wann Sie bestimmt kommen, entgegen. Auf dem Bahnhof hier wollen Sie sich an den diensttuenden Polizisten wenden.“

Die auf diese Weise herbeigeholten Arbeitswilligen verweigerten dennoch nicht, daß der Kampf bei der Firma Näther ganz erfolglos blieb. Die Arbeitszeit wird von 60 auf 58 Stunden verkürzt und findet auch hier eine entsprechende Erhöhung der

Lohn- und Affordlage hat. Unter diesen Umständen beschließen die Streikenden, den Kampf auch bei Kärber für beendet zu erklären.

Der Erfolg der Bewegung ist nun: Bei zwei Firmen wird die Arbeitszeit sofort von 57 auf 56, bei einer sofort von 60 auf 57, ab 1. Juli d. J. auf 56 Stunden verkürzt, bei einer Firma sofort von 60 auf 58 und am 1. Januar 1912 auf 57, und bei drei Firmen, darunter auch Kärber, wird die Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden herabgesetzt. Die Zeitlöhne werden pro Stunde um 2-4 Pf. und die Affordhöhe um 5-15 Proz. erhöht. Bei dem vorhandenen Organisationsverhältnis und den sonstigen widrigen Umständen dürfen die Arbeiter mit dem Erfolg sehr zufrieden sein und die Fabrikanten dürften, wenn die Arbeiter die richtigen Forderungen aus dem verflochtenen Kampfe ziehen, so leicht einen Kampf nicht wieder suchen.

Stuttgart. In den beiden hiesigen Karosserie-Fabriken Auer und Reutter wurde nach vorhergehender Verständigung in der Frage kommenden Organisationsvertreter gemeinschaftlich eine Lohnbewegung eingeleitet. Hierbei wurden die Forderungen gemeinschaftlich aufgestellt, und die Organisationsleitungen beauftragt, mit den Firmen zu verhandeln. Da die Verhältnisse in diesen beiden Betrieben so ziemlich dieselben sind und das Organisationsverhältnis durchweg als gut bezeichnet werden konnte, wurde diese Art des Vorgehens als die zweckmäßigste erachtet. Die Verhandlungen fanden zwischen Firmeneinhabern und den Organisationsleitern unter dem Vorsitz des Sekretärs des Verbandes süddeutscher Holzindustrie statt. Hierbei kam ein Vertrag auf die Dauer von 3 Jahren zustande. Erzielt wurde: 1. Verlängerung der Arbeitszeit von 57 auf 55 1/2 Stunden pro Woche, ab 1. April 1912 auf 54 Stunden. 2. Minimallohne: für gelernte Wagenstatter im 1. und 2. Jahre nach beendeter Lehrgang 43 Pf., im 3. Jahre 48 Pf., für angehende 50 Pf., für selbständige Wagenstatter 55 Pf. Nichtgelernte Wagenstatter unter 20 Jahren fallen unter Position 1, über 20 Jahre unter Position 11. Die Minimallohne weichen sich ab 1. April 1912 um je 2 Pf. 3. Lohnzulage sofort 3 Pf., ab 1. April 1912 2 Pf., ab 1. April 1913 1 Pf. Ferner wurde unsere Forderung betreffs Stellung des Werkzeugens anerkannt. Sache der Kollegen wird es jedoch sein, dafür zu sorgen, daß diese Bestimmungen nicht nur auf dem Papier steht. Obwohl unsere Forderungen in bezug auf Lohnerböhung wesentlich höher gestellt waren, können wir mit dem Erfolg zufrieden sein, zumal wir bei Aufstellung der Forderungen fast ausnahmslos auf das Maximum gefaßt waren. Es darf hier ruhig betont werden, daß auch hier nur die Geschlossenheit der Kollegen es war, was die Unternehmer zur Einsicht brachte, daß es ratsamer ist, mit den Arbeitern im Frieden zu verhandeln.

Aus unserem Beruf.

Die Arbeitslosigkeit im Sattler- und Portefeuillegewerbe hat im Laufe des 1. Quartals 1911 einen außerordentlichen Umfang erreicht. Allein in C u f f e i m waren von den 535 Mitgliedern 75 insgesamt 1589 Tage, und von den 3385 Mitgliedern in B e r l i n 725 insgesamt 10517 Tage arbeitslos, hier gelangten 9108,50 M. Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung, also fast dreifach als wie für diesen Unterstützungszeit im Laufe des 4. Quartals 1910 von der Zentralkasse für den Gesamtverband zur Auszahlung gelangte. Auch in Dresden, Hamburg und Stuttgart war die Arbeitslosigkeit enorm. Von unseren 11 000 Mitgliedern waren 1387 = 22 828 Tage am Orte arbeitslos, 897 erhielten für 13 483 Tage 16 880 M. Arbeitslosenunterstützung. Von 1088 weiblichen Mitgliedern waren 98 = 1460 Tage arbeitslos, von denen 70 = 402 M. erhielten. Arbeitslosenunterstützung gelangte in 435 Fällen mit 1245 M. zur Auszahlung.

Aus Industrie und Handel.

Aus der Taschenindustrie. In der seit mehreren Jahren gut florierenden Kleintaschenindustrie kramt und frisiert es jetzt überall. Neben den von uns in voriger Woche gemeldeten Werten kommt vorläufig noch die der Taschenfabrik W i d e r u. K e i s e r. D e r l i n hinzu. Diese ist sicherlich nicht die letzte, sondern erst der Anfang vom Ende verschiedener Lederwarenfabrikantenherstellern. Daß die Töge nach dem Glüd einmal bei der anarchischen Produktion zum Bruch führen müßte, war für jeden Eingeweihten zur Gewißheit geworden. Unsere Nachzettelung hat wiederholt vorausgesagt, was jetzt eingetroffen ist und was in nächster Zeit in noch erhöhtem Maße eintreffen wird. Die somit so leicht Kredit gebenden Leder- und Bügelhändler sind durch die Fallissements mißtrauisch geworden, sie halten mit ihren Lieferungen zurück, wodurch wiederum eine Anzahl sonst gut fundierter Firmen, hauptsächlich wegen Mangel an Umläufen, ihre Bestellungen nicht ausrichten können.

Der Wadewechsel und die schlechte Witterung sind ebenfalls nicht ohne Einfluß geblieben. Spezialfabriken mit Spezialarbeitern sind nicht in der Lage, ihre Fabrikationsart so schnell umzuändern, weswegen Arbeiterentlassungen, schließlich gänzliche Stilllegung einzelner Betriebe folgte. Die auf diese Weise entstandene Stodung ist jedoch nur eine vorübergehende Erscheinung und hat auf unsere Lohnbewegung gar keinen Einfluß, denn wir befinden uns ja in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges.

Eine völlige Säuberung in der Lederwaren-Fabrikation, woran doch alle Lederwarenfabrikanten ein Interesse haben, erfordert dringend eine Regelung der Produktionsbedingungen, wie sie die Arbeiter durch die diesmalige Lohnbewegung erstrebt. So gut wie alle Fabrikanten für die von ihnen benötigten Materialien und Halbfabrikate die gleichen, ihnen vom Händler vorgeschriebenen Preise zahlen müssen, so selbstverständlich sind auch gleiche Arbeitslöhne für gleiche Artikel. Auf keinen Fall kann in Zukunft zugelassen werden, daß Unternehmer durch Inanspruchnahme des Zwischenmeisterstadiums fast die Hälfte weniger Lohn zahlen, wie solche Fabrikanten, die es verschmähen, das Sweatingsystem als Quelle ihres Profits zu benutzen. Wenn diese eigentlich selbstverständliche Ansicht Gemeingut aller Lederwarenfabrikanten geworden ist, dann werden die Arbeiter nicht mehr unter den jetzt herrschenden Lohndrückereien zu leiden haben, die schädlichen Preisunterbietungen, die Schmutzkonkurrenz werden aufhören und Krisen wie die augenblickliche werden nicht mehr so verheerend wirken.

Die Waggonfabrik Gebr. Hofmann u. Co., Akt.-Gesellschaft in Breslau, erzielte im Jahre 1910 einen Fabrikationsgewinn von 885 052 M. Für Unkosten, Abgaben und Reservebestellungen werden 474 840 M. (512 414) verwendet. Danach bleibt ein Uberschuß von 511 765 M. (599 750), aus dem 35 Proz. Dividende = 393 750 M. (i. R. 40 Proz. = 450 000) gezahlt werden sollen. Das Resultat wird von der Verwaltung als ungünstig bezeichnet, trotzdem in der Bilanz Maschinen, Werkzeuge, Inventar sowie auch Gebäude bis auf 1 M. abgeschrieben worden sind, wohl zu dem Zweck, damit die sonst noch höher ausgefallene Dividende auf die Arbeiter nicht auferlegend wirkt. Denn dem werden die profiteurehemenden Aktionäre sich nicht verschließen, daß sie die Wägen des Couponabhängens nur deswegen so gut bezahlt erhalten, weil den in der Waggonfabrik Beschäftigten nicht der Lohn wird, den ihre Arbeitsleistung erfordert. — Sehr unzufrieden sind die Aktionäre der

Eisenbahnwagenbau-Aktiengesellschaft Linke, Breslau, deren Generalversammlung nur 25 Proz. Dividende festsetzte. Hier wurde verlangt, weniger abzuschreiben, und dafür eine um 10 Proz. höhere Dividende auszuschütten. Wie wäre es, wenn die Herren Aktionäre einmal streikten? In der Generalversammlung konnte der Vorsitzende berichten, daß das Geschäft sich im neuen Jahre nicht übel anlaßte. Der Bestand an Aufträgen sei größer als im Vorjahre. Die Preise seien zwar weiter unbefriedigend, doch könnten die Ausfichten als allgemein erfreulich bezeichnet werden.

Die Aktiengesellschaft Suder u. Co., Schreib- und Lederwarenfabrik in C l a n g e n, kann ihren Aktionären 9 Proz. Dividende gewähren, die Löhne der Arbeiter werden trotz ihres niederen Standes nicht erhöht.

Die Aktiengesellschaft für Leder-, Maschinen-, Riemen- und Militäreffekten-Fabrikation (vormals Feinrich Thiele) in D r e s d e n schließt das Geschäftsjahr 1910 mit einem Reingewinn von 198 960 M., einschließlich eines Vortrages von 38 349 (47 158) M. ab. Als Dividende werden 14 Proz. bereit, ebenso kommen auf die 2250 M. Genußscheine je 20 M. zur Verteilung. Die Ausfichten für das laufende Jahr sind zufriedenstellend.

Die deutsche Industrie ist konkurrenzfähig, ja sogar der englischen überlegen, trotz der sogenannten Ausfuhr durch die sozialpolitische Gesetzgebung. Den Beweis für diese Behauptungen liefern uns die amtlichen Feststellungen. Hiernach betrug die Ausfuhr:

	1900	1905	1909
an Steinkohlen . . .	15 275 905	18 158 998	28 350 729
„ „ „ Kohle . . .	2 229 188	2 761 090	3 446 981
„ „ „ Roh Eisen . . .	129 409	380 823	471 046
„ „ „ Eisenfabrikaten . . .	1 869 501	2 969 094	3 578 446

Nach der Logik der Unternehmerföhdlinge müßte die Ausfuhr des sozialpolitisch weniger belasteten Englands eine erheblich raschere Aufwärtsentwicklung zeigen. Das gerade Gegenteil ist aber der Fall. Die englische Ausfuhr in obigen Produkten ist prozentual nicht in dem Maße gestiegen wie die deutsche, sie ist bedeutend hinter diefer zurück geblieben.

Korrespondenzen.

Dresden. (E. 10. 4.) Die letzte gemeinschaftliche Versammlung der Wagen- und Geschirrfattler, welche bei Kärber stattfand, war gut besucht. Kollege Richter hielt einen Vortrag über die Fabrikation des Treibriemens. Seine interessanten und lehrreichen Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Im Allgemeinen setzte eine rege, zum Teil hitzige Debatte ein. Die Hofwagenfabrik Deuer wurde scharf kritisiert, da es mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen dort noch sehr traurig aussieht. Die Arbeitszeit wäher noch 67 1/2 Stunden, während sie bei Kleinmeistern 9 1/2 Stunden beträgt, auch die Löhne sind noch sehr niedrig. Ein Kollege stellte fest, daß der Werkführer der Dresdener Hofwagenfabrik einen Lohn von 60 Pf., der Kolonnenführer 58 Pf. und ein Berliner Wagen-schmieder 55 Pf. die Stunde bekommt. Das Verhalten des Nachfolgers Kojtschil, seines Zeitens Kolonnenführer, wurde bedauert. Dieser Herr, der bei Tage seine Kollegen arbeiten läßt und nur um den Wagen herumkriecht, kann nicht genug Ueberstunden machen. Kommt es doch vor, daß bis 2 Uhr nachts gearbeitet wird! Ein Kollege bezeichnete die Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser, eine der größten und tonangebenden Fabriken als demütlich, da Kärber, welche einen oder zwei Gehilfen beschäftigten, schon das zahlen, was der Werkführer dieser Firma erhält. Kollege Zausch fungierte als Anwalt der Firma, indem er versuchte, die bestehenden Verhältnisse abzumildern, was ihm aber von erfahrenen Wagenstattern gründlich widerlegt wurde. Des Weiteren wurde bedauert, daß die Werkstattordnung immer noch nicht von den Kollegen eingehalten wird. So arbeiten bei der Firma Hauf organisierte Kollegen noch 10 1/2 Stunden. Bei dieser Firma wird darauf geachtet, daß zwei Kollegen eine gleiche Arbeit zur gleichen Zeit beginnen; auf Kosten der Gesundheit wird gewetteifert, wer zuerst fertig ist. Kollege Schwarz, welcher viel schuld an der langen Arbeitszeit trägt, zeigt sich seinen jüngeren Mitarbeitern gegenüber wenig solidarisch. Auch läßt die Behandlung des Herrn Hauf sehr viel zu wünschen übrig. Es soll durch den Gesellenauschuss versucht werden, die Werkstattordnung zur Anerkennung zu bringen. Wird eine Regelung durch die Innung nicht herbeigeführt, so sieht die Kollegenschaft sich veranlaßt, durch Anwendung gesetzlicher Mittel Remedur zu schaffen.

Erfurt. (E. 10. 4.) Einige hier beschäftigte organisierte Militärfattler hatten es sich zur Aufgabe gemacht, nach wiederholten Versuchen früheere Jahre hier in der Großstadt Erfurt endlich einmal eine Filiale des Verbandes der Sattler und Portefeuille Deutschlands ins Leben zu rufen. Zu diesem Zwecke hatten wir, nachdem wir uns mit dem Gauleiter, Kollegen Busch, ins Einvernehmen gesetzt hatten, eine Versammlung auf Wittwoda, den 5. April, in Müllers Koffershaus anberaumt.

Nach reger Agitation der bei den hiesigen Kleinmeistern beschäftigten Kollegen fand unsere Anregung auch dort Zustimmung und hatten demzufolge eine Anzahl Kollegen Veranstaltung genommen, unsere Versammlung zu besuchen.

Auch die Filiale Jena, welche wir von unserem Vorhaben in Kenntnis setzten, hatte es nicht unterlassen, trotz schneidender Winterkälte unter Führung ihres verdienten Vorsitzenden, Kollegen Thilo, eine Abordnung von drei Mann zu entsenden, um bei dem Werden des jüngsten Sprosses am Baume des Sattler- und Portefeuilleverbandes hilfreich zur Seite zu stehen, welches allgemein lobend anerkannt wurde. Zu dieser Versammlung hatten sich zirka 18 Kollegen eingefunden und hörten begeistert den interessanten Vortrag des Kollegen Busch über das Thema: „Die wirtschaftlichen Kämpfe im Sattlerberuf im Jahre 1910“ an. Nach lebhafter Diskussion wurde auf Vorschlag des Kollegen Busch zur Gründung der Filiale geschritten. Die Wahl der Verwaltung ergab als Vorsitzenden Kollegen K. Gille, als Kassierer Kollegen D. Friedrichsen und als Schriftführer E. Böhm. Zu den zirka 18 organisierten Kollegen hatten wir vorläufig 5 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Bezüglich der Versammlungen wurde beschlossen, dieselben regelmäßig alle 14 Tage, Dienstags, im Gewerkschaftshaus, abzuhalten.

Hoffen wir, daß der gute Geist, welcher die Versammlung beherrschte, auch weiterhin fortleben möge, zum Wohle der gesamten Kollegenschaft.

Roskops. (E. 13. 4.) In der gut besuchten öffentlichen Versammlung referierte Gauleiter Mg über: „Der Kampf ums Dasein in Natur und Gesellschaft“. In fesselnder Weise verstand Kehrner den anwesenden Frauen die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation vor Augen zu führen. In der Versammlung, sowie durch die darauf folgende Hausagitation, wurden 10 neue Mitglieder gewonnen.

Heilbronn. (E. 11. 4.) In der Versammlung am 8. April gab Kollege Walter den Kartellbericht, welchem zu entnehmen war, daß auch am 1. Mai

dieses Jahres ein Umzug mit Musik stattfand. Es soll eine Abendfeier veranstaltet werden, an der sich diejenigen beteiligen können, welche den Tag nicht durch Arbeitsschreie belegen konnten. Es entspann sich hierauf eine lebhafteste Debatte, wobei beschlossen wurde, den einzelnen Werkstätten die Entscheidung zu überlassen. Eine Kommission soll vorzüglich werden und um Freigabe des 1. Mai nachsuchen; wo der Tag nicht freigegeben wird, sollen sich die Kollegen zahlreich an der Abendfeier beteiligen. Sodann hielt Kollege Kreidler einen interessanten und leichtverständlichen Vortrag über volkswirtschaftliche Grundbegriffe. Des Weiteren machte er bekannt, daß im Herbst der Vortragskursus von Dr. Duncker fortgesetzt wird. Redner ermahnte, es möchten auch von uns an dem kommenden Kursus mehr Kollegen teilnehmen als an dem jetzigen. Der Beifall der Kollegen zeigte, daß er ihnen aus dem Herzen gesprochen hatte. Es war nur schade, daß die Versammlung so schwach besucht war, nur 14 Kollegen hatten sich eingefunden. Kollegen, das muß anders werden. Diese Hummel! darf hier in Heilsbrunn unter seinen Umständen einreisen. Zeigt Eure alte Disziplin, zeigt, daß Ihr Interesse an Eurer Organisation habt. Da nur alle vier Wochen eine Versammlung stattfindet, muß sich ein jeder Kollege unter allen Umständen diesen Abend freihalten, nur dann können wir vorwärts kommen. Bei „Verschiedenes“ wurde beschlossen, die Agitation bei den Kleinmeistern wieder zu betreiben, und zwar wurde es so eingeteilt, daß jeder Kollege nur eine Werkstatt zu bearbeiten hat. Auf diese Weise fällt es keinem Kollegen schwer, und wir hoffen, damit Erfolge zu erzielen.

Görlitz. (E. 10. 4.) Die Versammlung am 8. April im „Goldenen Kreuz“ brachte nicht den erwarteten Besuch. Von den 25 geladenen Unorganisierten war niemand erschienen. Nachdem der Gauleiter, Kollege Barisch, diese Nichtbesetzung gehörig gegeistert hatte, hielt er einen Vortrag über: „Der Verband der Sattler und Portefeullier in den Jahren 1909-10 unter besonderer Berücksichtigung der Vorgänge und Entwicklung im Gau Görlitz.“ In anderthalbstündigen, trefflichen Ausführungen gab der Redner ein klares Bild über die Entwicklung und Leistungen unseres Verbandes. Trotzdem das verfloßene Jahr überreich an Lohnbewegungen war, ist die Mitgliederzahl und auch das Vermögen bedeutend gestiegen. Wesentlich dazu beigetragen hat die Verschmelzung mit den Portefeullieren. Auch der Gau Görlitz hat sich kräftig entwickelt. Trotzdem stehen noch viele Kollegen unserer Bestrebungen fern. Wir haben hier ein sehr schweres Agitationsgebiet, da die meisten Unternehmer berufliche Gegner der Arbeiterbewegung sind. Einer unserer schärfsten Gegner, der Antsdorfer von Mohs, Herr Major von Wilsleben, hat das Zeilische angehen, unter dessen Regie Familienbater, welche hier in zehn- bis zwölfsähriger Arbeit die Geldsäcke der Kapitalisten füllen helfen, des Landes verwiesen wurden, weil ihr Magen einmal zu laut geknurrte hat und sie sich ihrer Berufsorganisation anschließen. An Stelle des abreisenden Kollegen Schneider wurde Kollege Weiskner zum Bezirkskassierer gewählt.

Mühlheim a. M. (E. 15. 4.) In der Versammlung vom 10. April im „Frankfurter Hof“ wurde die Abrechnung erledigt, welche für die Lokalkasse nicht unglücklich war. Es war im verfloßenen Quartal ein Mitgliederstand von 157 männlichen und 9 weiblichen zu verzeichnen. Koll. Joh. Müller erhaltete den Bericht mehrerer Kartellkassen. Der Antrag der beiden Erheber, eine Erhöhung ihrer Vergütung zu gewähren, wurde dahin erledigt, daß dieselben von nun an anstatt 2 Pf. 2½ Pf. pro verkaufte Karte erhalten.

Werdau. (E. 15. 4.) Am Freitag, den 7. April, tagte in der „Feuerkugel“ eine Versammlung der Sattler von Werdau und Umgegend. Gauleiter Busch referierte über die wirtschaftlichen Kämpfe innerhalb unseres Berufes im Jahre 1910. Nach dem Vortrage sprachen sich die Kollegen über die Verhältnisse in der Waggonfabrik aus. Da in Werdau noch einige Schiffe arbeiten, wollen die organisierten Kollegen alles daran setzen, um diese der Organisation zuzuführen. Neben Verwaltungsgeschäften wurden die nötigen Anweisungen gegeben. Unsere junge Filiale zählt jetzt 12 Mitglieder.

Zwickau. (E. 11. 4.) In der am 8. April abgehaltenen Versammlung referierte Kollege Busch-Keipzig über die wirtschaftlichen Kämpfe im Sattler- und Portefeullierberuf im Jahre 1910. Nach einer regen Diskussion wurde eine Ortsverwaltung gewählt, welche gewillt ist, eine rege Agitation zu entfalten. Die nächste Versammlung findet am 29. April statt.

Aus anderen Organisationen.

Die 19. Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer fand in der Zeit vom 3. bis 8. April in Leipzig statt. Die Mitgliederzahl stieg in den letzten zwei Jahren von 49.296 auf 56.069. Infolge der großen Bauarbeitersperrung führte der Verband 877 Bewegungen mit 65.481 Beteiligten, für welche 2.178.736 Mf. aufgebracht wurden. Aus dem Massenbericht ist hervorzuheben, daß einer Nettoeinnahme von 6.649.383 Mf. eine Nettoausgabe von 4.750.014 Mf. gegenübersteht, so daß ein Verbandsvermögen von 1.899.369 Mf. verblieb.

Unter den Ausgaben haben wir außer den bereits erwähnten Summen für die Lohnkämpfe hervor: 983.553 Mf. für Arbeitslofenunterstützung, 10.771 Mf. für Genesungsunterstützung, 18.958 Mf. für Rechtsschutz, 2.180 Mf. für Bauarbeiterschutz, 45.275 Mf. für Reiseunterstützung, 3.467 Mf. für verbrauchtes Werkzeug.

Die Leistung pro Kopf der Mitglieder für den Verband betrug 1909 im Durchschnitt 32,72 Mf., 1910 dagegen, hauptsächlich infolge der Extrabeiträge für die Ausgesperrten, 59,13 Mf. 95 Proz. der Mitglieder haben die ihnen durch die Aussperrung im Vorjahre auferlegten Verpflichtungen dem Verbands gegenüber voll erfüllt. Ein Solidaritätsbeweis, woran sich alle Gewerkschafter ein Beispiel nehmen können. Eine prinzipielle Debatte entspann sich über die Stellung des Verbandes zu den Tarifverträgen. Der Referent Brügmann, wie auch die meisten Diskussionsredner erklärten sich gegen Reichstaxen, weil das organisierte Unternehmertum im Baugewerbe befreit ist, aus dem Tarifvertrag ein Instrument zur Anbelung der aufwärts strebenden Bauarbeiter zu machen. Einkinnung wurde die vom Vorstand und Ausschuss empfohlene Resolution angenommen:

„Die 19. Generalversammlung erneuert die Beschlüsse, wonach den örtlichen Organisationen uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht über Inhalt, Annahme oder Ablehnung der Tarifverträge zusteht. Allen Streikbewegungen, die Tarifverträge zu zentralisieren, ist der schärfste Widerstand entgegenzusetzen.“

Um allgemeinen Aussperrungen gegenüber gerüstet zu sein, wurde beschlossen:

Für das Jahr 1911 wird ein Extrabeitrag auf die Dauer von 30 Wochen erhoben, desgleichen ein solcher für das Jahr 1912 auf die Dauer von vierzig Wochen.

Der Extrabeitrag rechnet sich wie folgt: 1. Klasse 15 Pf., 2. Klasse 20 Pf., 3. Klasse 25 Pf., 4. Klasse 30 Pf., 5. Klasse 35 Pf.

Der Extrabeitrag ist mit den statutarischen Beiträgen zusammen zu leisten und wird unter Berücksichtigung der bisherigen Klasseneinteilung in Form einer Einheitsmarke eingezogen.

Die Erhebung der Extrabeiträge beginnt mit der Woche vom 7. bis 13. Mai 1911 (11. Beitragswoche).

In der Diskussion über den Bericht des internationalen Kongresses in Kopenhagen wurde betont, daß wir Deutsche den Wert solcher Kongresse überschätzen. Es werden Beschlüsse von anderen Nationen gefaßt, für deren Durchführung sie wenig tun können. So ist es mit der Kaiserfeier und der Solidaritätsbezeugung bei wirtschaftlichen Kämpfen im Ausland. Bezüglich des Nachorgans sollen insofern Änderungen eintreten, als daß der Verlag von der Redaktion getrennt wird. Die Preiskommission wird aufgelöst und deren Funktionen dem Ausschuss übertragen. Die tabellarischen Quartalsabrechnungen und Geschäftsannoncen sollen in Wegfall kommen. Eine technische Monatsbeilage wird abgelehnt, ebenso ein Antrag betreffs Einführung einer Sterbeunterstützung. — Ueber zwei Anträge, von denen der eine die Verschmelzung mit dem Deutschen Bauarbeiterverband wollte, der andere die Abfassung einer Broschüre und die danach erfolgende Urabstimmung über eine Verschmelzung, wurde fast einstimmig zur Tagesordnung übergegangen. — Der Sitz des Verbandes bleibt Hamburg.

Der Tischlerverband im Jahre 1910. Einen recht günstigen Bericht veröffentlichte jedoch der Tischlerverband über das Jahr 1910. Seine Mitgliederzahl, die am Jahresabschluss 1909 11.000 betrug, steigerte sich bis zum Jahresabschluss 1910 auf 11.547. — Der Gesamterfolg der Bewegungen stellt sich folgendermaßen: Ohne Arbeitseinstellung erreichten 888 Arbeiter 2842 Stunden Arbeitseinstellung pro Woche, Lohnerbhöhen erreichten 2718 Mann 8118 Mark pro Woche. Durch Streik erreichten 412 Arbeiter 1152 Stunden Arbeitseinstellung pro Woche, Lohnerbhöhen 1256 Mann 2070 Mf. pro Woche. Sonstige Verbesserungen, wie höhere Bezahlung von Ueberstunden, Sonntags- und Nacharbeit, besseres Arbeitsmaterial usw., erreichten insgesamt 4462 Mann. Außerdem wehrten noch 83 Arbeiter 818 Mf. Lohnföhrung pro Woche ab und 1010 Mann sonstige Verschlechterungen.

Die Gesamtkosten der Lohnbewegungen und Streiks erforderten 122.281 Mf., wovon ein geringer

Bruchteil aus den Lokalkassen beitrugen wurde. Tarife wurden im Berichtsjahr 107 für 4551 Mann abgeschlossen, darunter 21 erzwungen, ferner 5 Bezugsstarife. Kurzzeit verfügt der Tischlerverband über 253 mit den Unternehmern abgeschlossene Tarife.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 334.495 Mf., die Gesamtausgaben 314.466 Mf. Von den größeren Ausgabenposten, worunter die Streik- und Genesungsunterstützung allein aus der Hauptkasse 31,4 Proz. der Gesamteinnahme erforderte, erwähnen wir noch die Krankenunterstützung, für die 45.617 Mf. ausgegeben wurden. Am Schluß des Rechnungsjahres 1910 betrug das Gesamtvermögen des Verbandes 178.324,17 Mf.

Im Verband der Kupferhammer vermachte sich im 4. Quartal 1910 die Zahl der Mitglieder von 4121 auf 4187. — Der **Unterstützungsvereinigung der in der Arbeiterbewegung Angefallenen** sind im Jahre 1910 weitere 328 Mitglieder beigetreten. Der Mitgliederbestand betrug 2717 gegen 2474 im Vorjahre. Die Vereinigung besitzt ein Vermögen von 771.830 Mf. Im Jahre 1910 wurden 53.500 Mf. an Renten gezahlt, für 1911 werden 65.500 Mf. veranschlagt. — Der **Zentralverband der Bildhauer** zählte am Jahresabschluss 1910 3590 Mitglieder, Verbandsvermögen 67.229 Mf. — **61.930 Buchdrucker und Schriftsetzer** waren am Jahresabschluss Mitglieder ihrer freien Gewerkschaft. Im letzten Quartal betrug die Zunahme des Buchdruckerverbandes 1170 Mitglieder. — Die 6. ordentliche Generalversammlung des **Verbandes christlicher Leberarbeiter** findet am 20. August und folgende Tage in München statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Arbeiterjugendfrage.

Der Streik der **Gemeindearbeiter in Kolberg** mußte erfolglos aufgehoben werden, weil eine größere Anzahl von Ausständigen „arbeitswillig“ wurde. —

Rechtspflege.

Sind Gewerkschaftsorganisationen „Verabredungen“ gemäß § 153 der Gewerbeordnung? Diese Frage wurde in einem auch noch in anderer Beziehung interessanten Strafverfahren vom Kammergericht bejaht. — Auf dem Kaiserneubau in Croyden waren etwa 60 Maurer beschäftigt, die sämtlich dem Zentralverband deutscher Maurer angehörten. Als der Maurer N. dort anfang, der dem Verband nicht angehörte, nahm der Vertrauensmann mit den anderen Kollegen Mißsprache und suchte dann N. zu bewegen, dem Zentralverband beizutreten. Dieser lehnte das ab. Darauf sagte das hinzukommende Verbandsmitglied S. zu N., daß alle anderen die Arbeit niederlegen würden, wenn er nicht beitrete. Man werde nicht mit ihm zusammen arbeiten, wenn er nicht beitrete. N. hörte dann auf diesem Bau mit der Arbeit auf. S. wurde demnach vom Landgericht Guben als der zweiten Instanz wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung verurteilt, weil mit Gefängnis zu bestrafen ist, „mer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Erbreckung oder durch Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen im Sinne des § 152 teilzunehmen.“ (§ 152 hebt beinahe alle Verbote und Strafbestimmungen „wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ auf.)

Das Landgericht führte u. a. begründend aus: Es liege hier eine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung vor. Die Worte, daß man die Arbeit niederlege, wenn er nicht beitrete, hätten N. den Gedanken nahelegen sollen, daß der Arbeitgeber ihn eher entlassen werde, als daß er die ganzen anderen Maurer gehen lasse. So sei das die Androhung eines Übels gewesen. Daß es N. auch so aufgefaßt habe, werde dadurch bewiesen, daß N. die Arbeit niederlegte. Ebenso steht fest, daß der Verband der Maurer, dem beizutreten N. demogen werden sollte, eine „Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen im Sinne des § 153 sei.“

Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten dagegen eingelegte Revision mit folgender Begründung: Eine solche gewerkschaftliche Vereinigung, welche die Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen erstrebe, sei als eine „Verabredung“ im Sinne des Strafparagrafen 153, der im Gegensatz zu § 152 nur von Verabredungen spreche und nicht von Vereinigungen und Verabredungen, anzusehen. Auf diesem Standpunkt stehe auch das Reichsgericht. — Ohne Rechtsirrtum sei auch festgestellt, daß eine Drohung und Verurteilung im Sinne des § 153 beabsichtigt worden und eingetreten sei. Mit Recht sei deshalb Angeklagter auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung verurteilt worden, weil er zu N. gesagt habe, alle anderen Maurer würden die Arbeit niederlegen, wenn er nicht dem Verband beitrete.

Rundschau.

Aus den Parlamenten. Im pruzkischen Herrenhaus, einer Versammlung geborener und emanzipierter Gewerksmacher, glaubte Herr von Wittkammer bei der Besprechung des Etats für das Ministerium des Innern das Parlamentum pruzisch machen zu müssen. Er empfiehlt, gegen die unsichtliche Verwirklichung der Arbeiter, die allerdings nur im Dien...

Die sich erst selbst mit diesen Fragen beschäftigen und dann mit ihrer Vertretung solche Abgeordnete betrouen, von denen sie überzeugt sind, daß sie die Rechte der Arbeiter in jeder Beziehung wahren. Wo diese Abgeordneten zu finden sind, darüber herrscht bei den denkenden Arbeitern kein Zweifel.

Kampfrücklagen der Unternehmer. Die Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, der auch eine Anzahl Eisenbacher Lederwarenfabrikanten angehören, versandte im vorigen Monat ein Handschreiben an die Unternehmer, in welchem ausdrücklich betont wird, daß bei der Fortdauer der steigenden Konjunktur die durch die Reichsfinanzreform herbeigeführte allgemeine Versteuerung des Lebensunterhaltes so mächtige Lohnbewegungen und Arbeitseinstellungen erwarten läßt, wie sie in dieser Ausdehnung und Heftigkeit im Deutschen Reich noch nicht gesehen wurden. Diese Feststellung, die den Arbeitern die Berechtigung für Lohnforderungen zuerkennet, wird von uns dankend quittiert und bei den in nächster Zeit sich bietenden Gelegenheiten verwendet werden. Diesen Zweck hat die Streikversicherungsgesellschaft sicher nicht gewollt, vielmehr will sie in den Betrieben ihrer Mitglieder Arbeitseinstellungen verhindern und die wirtschaftlichen Folgen von unvermeidlichen Arbeitseinstellungen mildern. 5000 Industrielle mit 180 Millionen Mark Lohnsumme gehören bereits dieser Organisation an, welche bis Ende 1910 bei 329 Streiks 515 854 Mk. Entschädigung gezahlt hat. Des weiteren wird die Notwendigkeit des Beitritts zum Bunde der Industriellen wegen der steigenden Macht der Arbeiterorganisationen empfohlen. Die Arbeiterschaft wird aus dieser Agitation die Lehre ziehen, daß auch sie alles aufwenden muß, um den Unternehmerorganisationen wirksam Paroli bieten zu können.

Ein neuer Streitversicherungsverband, der nur Mitglieder des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände aufnimmt, ist in Berlin unter dem Namen „Deutsche Streikentschädigungsgesellschaft“ gegründet worden. Der Verband will besonders den kleinen Verbänden und einzelnen Firmen die Möglichkeit einer Versicherung gegen Arbeitseinstellungen geben. Das Eintrittsgeld beträgt, der „Wirtschaftlichen Korrespondenz“ zufolge, 25 Pf., der Jahresbeitrag 1 Mk. auf 1000 Mk. Jahreslohnsumme. Die Entschädigung soll 25 Proz. des durchschnittlichen Tagesverdienstes des Arbeiters für den durch Streik oder Ausperrung ausgefallenen Arbeitstag und Arbeiter betragen.

Kein Opfer des Fußballsports soll nach einer Zuschrift eines Effenbacher Fußballklubs unser vorherbenes Mitglied Peter Müller gewesen sein.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Der wöchentliche Beitrag der Verwaltungsstelle Betz beträgt ab 1. Mai für männliche Mitglieder 35 Pf. und für weibliche 30 Pf.

In Erfurt und Rothenburg a. T. sind neue Verwaltungsstellen gegründet.

Wer die Adresse des Kollegen Franz Richter, P.-Nr. 7078, angeben kann, wird gebeten, diese der Ortsverwaltung Apolda zu melden.

Der Zentralvorstand.

Briefkasten der Redaktion.

Wegen des 1. Mai muß für die nächste Nummer bereits Sonnabend, den 29. April, Redaktionsstillschluß sein.

Sterbetafel.

München. Friedrich Schmidt (Artilleriewerkstatt), 27 Jahre alt. Ehre seinem Andenken!

Adressenänderungen.

Strasbourg i. G. B. Carl Jain, M. Wegers, R. U. bei G. Felme, Rinkmattstr. 2. Hauen. B. N. Porjukt, Käfnisstr. 132. R. U. 4-6 Uhr abends.

Verfallungskalender.

- M. Kubeim. Samstag, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Deutschen Kaiser“.
Sollingen. Sonntag, den 30. April, vormittags 9 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung.
Heterfen. Sonnabend, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr.
Strasbourg i. G. Sonnabend, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Falken“, Schiffsleutnanten.
Wühlhausen i. Th. Sonnabend, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiser Wilhelm“. Wichtige Tagesordnung.
Hauen. Sonnabend, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in „Stadt Zittau“.
Trosben. Freitag, den 28. April, 1/9 Uhr, Versammlung, Volkshaus, Kleiner Saal.
Hannover. Freitag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.



Ortskrankenkasse der Sattler und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Dienstag, den 25. April 1911, abends 8 1/2 Uhr Ordentliche General-Versammlung

der gewählten Vertreter der Massenmitglieder und Arbeitgeber im „Gewerkschaftshaus“, Saal I, Engelauer 15. Tages-Ordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes über das verlossene Geschäftsjahr. 2. Bericht des Rechnungsausschusses und Abnahme der Jahresrechnung. 3. Antrag auf Aenderung des § 20 des Statuts. 4. Antrag auf Abschluß eines Vertrages mit den Angestellten. 5. Erloßwahl für ein Mitglied des Rechnungsausschusses. 6. Verschiedenes. Nur die mit Delegiertenkarte eventl. Mitgliedskarte versehenen Delegierten haben Zutritt.

NB. Beschwerden der Mitglieder, wozu die Einsichtnahme der Bücher notwendig ist, sind 3 Tage vorher schriftlich beim Vorstande einzureichen.

Am pünktlichen und zahlreichen Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Hermann Mayhards, Vorsitzender. Richard Teichmann, Schriftführer.

Tüchtige Sattler

auf Vulcan-Fibres-Koffer finden dauernde Beschäftigung. Gächler & Böcker, Magdeburg-Wf.

Kaufe Lederwaren,

Abfälle, Stifte, Kattun, Druckknöpfe usw. - komme auch auswärts. J. Knopf, Berlin N. 34, Lothringerstr. 17.

Zentral-Franken-kasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsangehörigen Deutschlands, E. H. 64 in Berlin.

Quartalsversammlungen.

- Barmen. Sonnabend, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Gustav Schröder, Blumenstr. 3.
Berlin. Sonnabend, den 29. April, abends 9 Uhr, bei Weichardt, Grünstraße.
Dresden. Donnerstag, den 4. Mai, abends 9 Uhr, im Volkshaus.
Hamburg. Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 29. April 1911, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, portiere links, Klubzimmer 3. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1911. 2. Ergänzungswahl der Ortsverwaltung. 3. Bericht vom Verband freier Krankenkassen. 4. Kassenangelegenheiten. Die Ortsverwaltung, Magdeburg. Sonnabend, den 22. April, abends 1/9 Uhr, in der „Burgallee“.

Perfekter Rundschnurmacher

von größerer Treibriemenfabrik bei gutem Lohn in dauernde Stellung gesucht. Offerten unter H. W. 10 an die Expedition dieses Blattes.

Gesucht

tüchtige Teilarbeiter auf englische Herren- u. Damenmättel. Stellung dauernd.

H. Passler & Sohn, Hofattler, Hannover.

Werkzeuge, Beschläge, Nieten u. Stifte.

Spezialität von E. Neubauer, Offenbach a. M. Lieferung sofort ab Lager.

Zentral-Kranken- u. Begräbnis-kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftsweige (E. H.).

Verwaltungsstelle Offenbach a. M.

Samstag, den 22. April 1911, abends 8 1/2 Uhr, in der Restauration „Zum Lindendamm“, Sandgasse 4.

General-Versammlung.

- Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Die Generalversammlung in Leipzig und Stellung von Anträgen. 3. Kassenangelegenheiten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Die Ortsverwaltung.

Jugend-u. Lehrlingsabteilung.

Außerordentliche Versammlung

Sonnabend, den 29. April, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Saal I.

Vortrag des Kollegen Ernst Schulze. Rezitation des Kollegen Carl Beyher. Gmorkistisches des Kollegen Paul Romack. Nachdem Tanz.

Eltern und Geschwister sind freundlich eingeladen. Der Jugendausflug.

Sattelmacher, Kammdeckel- und Selettmacher

bei hohen Löhnen stellt Berliner Firma ein. Offerten unter J. an die Expedition dieses Blattes.